



Vereidigungen

Die FDP-Fraktion im Nationalrat hat zwei neue Waadtländer Mitglieder. Daniel Ruch und Alexandre Berthoud übernehmen die Sitze von Isabelle Moret und Frédéric Borloz. Ruch und Berthoud haben in der grossen Kammer den Amtseid abgelegt. Die ehemalige Nationalratspräsidentin Moret und Borloz waren im vergangenen April in die Waadtländer Kantonsregierung worden. Deshalb traten sie vergangene Woche aus dem Nationalrat zurück.

EU-Kohäsionsbeitrag

Der Nationalrat will die Teilnahme an den EU-Forschungsprogrammen mit einem höheren Kohäsionsbeitrag erkaufen. Der Bundesrat soll mit der EU über eine rasche Assoziierung am Horizon-Paket verhandeln. Die EU verweigert allerdings sektorielle Verhandlungen. Bundespräsident und Aussenminister Ignazio Cassis mahnte vergeblich, dass die EU nicht über sektorielle Abkommen verhandeln wolle, solange die institutionellen Fragen nicht geklärt seien. Der Nationalrat liess sich nicht auf dieses Argument ein. Er hiess am Montag eine Motion für rasche Verhandlungen über die Assoziierung und den höheren Beitrag mit 93 zu 92 Stimmen gut.

Ukraine-Hilfe

Der Bundesrat soll für die Hilfe in der Ukraine einen weiteren Nachtragskredit von 15 Millionen Franken beantragen. Das fordert der Nationalrat mit einer Motion seiner Aussenpolitischen Kommission, die er oppositionslos unterstützte. Die Schweiz habe seit dem Angriff Russlands einiges unternommen für Hilfe in der Ukraine und in den Nachbarländer, sagte Fabian Molina (SP/ZH). Die Kommission wolle aber einen zusätzlichen Nachtragskredit fordern. Die bisherige Hilfe genüge nicht, ergänzte Christine Bulliard-Marbach (Mitte/FR). Auch der Bundesrat unterstützte die Motion. In der Sommersession hiessen die Räte bereits den Nachtragskredit dafür gut. Die Motion geht an den Ständerat.

Geschäftsbericht des Bundesrates

Der Nationalrat hat den Geschäftsbericht des Bundesrates zum Jahr 2021 genehmigt. Das Coronavirus und der Abbruch der Verhandlungen über das Rahmenabkommen mit der EU prägten das vergangene Jahr. Etliches habe wegen der Pandemie nicht umgesetzt werden können, weil Geschäfte nicht fertiggestellt oder verabschiedet hätten werden können, schrieb der Bundesrat. Der Rat lehnte einen Antrag von Eric Nussbaumer (SP/BL) mit 100 zu 80 Stimmen ab, der verlangte, die Berichterstattung über Tätigkeiten zur Erreichung des Legislaturziels von der Genehmigung auszunehmen. Das Legislaturziel "Geregelte Beziehungen mit der EU" sei nicht erreicht, hatte Nussbaumer den Antrag begründet. Er hatte dabei an die abgebrochenen Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen erinnert. Der Bericht geht an den Ständerat.

Aussenpolitik

Der Nationalrat hat ohne Opposition Kenntnis genommen vom Aussenpolitischen Bericht des Bundesrates. Im Zentrum standen 2021 das Ende der Verhandlungen über den Rahmenabkommen mit der EU, die wachsende Bedeutung der guten Dienste der Schweiz - etwa mit dem Treffen von US-Präsident Joe Biden und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in Genf oder Gespräche von Vertretern der USA und Chinas in Zürich. Die Aussenpolitische Kommunikation kritisierte den Verhandlungsabbruch beim Rahmenabkommen und den seither anhaltenden Stillstand in den Beziehungen zur EU.



Auch die Covid-19-Pandemie und deren Folgen prägten die Schweizer Aussenpolitik. Die bisherige regelbasierte Friedensordnung stehe unter Druck, sagte Aussenminister und Bundespräsident Ignazio Cassis im Rat. Er verwies auf den Angriff Russlands auf die Ukraine.

Indirekter Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative

Der Nationalrat stellt der Gletscher-Initiative Verminderungsziele und Etappenziele zur Reduktion der Treibhausgas-Emissionen auf "Netto Null" bis 2050 gegenüber. Hausbesitzer und die Wirtschaft will er mit Förderprogrammen finanziell unterstützen. Der Nationalrat hiess am Mittwoch das Gesetz über die Ziele im Klimaschutz gut. Die Nein-Stimmen kamen von der SVP und vereinzelt auch aus der FDP. Ausgearbeitet hatte die Vorlage die Umweltkommission des Nationalrates (Urek-N), als indirekten Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative. Der Rat hielt sich an die Kommission und lehnte alle Minderheitsanträge für Abschwächungen und Verschärfungen ab. Die Vorlage geht an den Ständerat.

Das Votum für die SVP-Fraktion hielt Michael Graber (SVP/VS):

Im Namen einer Kommissionsminderheit beantrage ich Ihnen Nichteintreten auf diesen indirekten Gegenentwurf zur Gletscher-Initiative. Als Walliser bin ich mit Gletschern aufgewachsen. Vor meiner Haustüre liegt der grösste Gletscher der Alpen, der Aletschgletscher. Meine Kindheit, zumindest die Sommer meiner Kindheit, habe ich mehr oder weniger beim Turtmannletscher im schönen Turtmantal verbracht. Also glauben Sie mir: Es gibt kaum jemanden hier in diesem Saal, der ein grösseres emotionales und persönliches Interesse daran hat, dass wir die Gletscher, welche wichtig für unseren Tourismus sind, bewahren und behalten können. Nur kommt es mir einfach so vor, als ob hier lauter Nichtbetroffene plötzlich die Gletscher retten wollten.

So bin ich denn auch an den Initiativtext gegangen, habe den gelesen und festgestellt, dass das Wort "Gletscher" nicht ein einziges Mal vorkommt. Wir retten mit diesem indirekten Gegenentwurf keinen einzigen Zentimeter Gletscher. Ich möchte Ihnen aber auch noch ein paar inhaltliche Argumente sagen, warum unsere Minderheit entschieden gegen diesen indirekten Gegenentwurf ist. Primär sind drei Gründe anzuführen:

Erstens ist das Vorgehen, das Sie hier vorsehen, undemokratisch. Undemokratisch ist das Vorgehen in zweierlei Hinsicht. Zum einen hat die Stimmbevölkerung, Kollege Nordmann hat es vorher bereits erwähnt, das CO2-Gesetz auf den Tag genau gestern vor einem Jahr an der Urne versenkt. In weiten Teilen verfolgte das CO2-Gesetz die identischen Ziele wie dieser indirekte Gegenentwurf. Haben Sie doch bitte ein wenig Respekt vor der Stimmbevölkerung, die keine sektoriellen Ziele wollte, keine Zwischenziele, die die Finanzmittelflüsse nicht steuern wollte. Darüber wurde bereits abgestimmt.

Zum anderen geht es mit Blick auf die Demokratie auch noch um Folgendes: Bei einer Initiative müssen Volk und Stände zustimmen, bei einem indirekten Gegenentwurf nicht. Wir müssen endlich damit aufhören, diese indirekten Gegenentwürfe vorzulegen, um das Ständemehr zu umgehen. Wenn Sie das Abstimmungsresultat von gestern vor einem Jahr noch vor Augen haben, dann wissen Sie, dass das Volksnein einigermassen knapp, das Ständenein aber wuchtig war. Die Wahrheit ist, dass Sie mit der Gletscher-Initiative oder einem direkten Gegenentwurf klar am Ständemehr scheitern würden. Darum - und das ist der einzige Grund - wollen Sie Ihr Anliegen in einen indirekten Gegenentwurf verpacken und dieser Vorlage die doppelte demokratische Legitimation nehmen. Es wäre viel redlicher gewesen, die Initiative zu unterstützen und die Kantone nicht zu übergehen.



Sie verhärten die Fronten zwischen Stadt und Land, Sie reissen den Graben zwischen Stadt und Land, den wir hier in diesem Land haben, noch weiter auf, wegen des Ständemehrs, aber natürlich auch inhaltlich, indem Sie die Mobilität verteuern wollen. Auf diese ist gerade die Landbevölkerung in den Agglomerationen, ausserhalb der Städte, angewiesen.

Zweitens ist dieser indirekte Gegenentwurf unredlich, weil Sie das Hauptproblem schlicht und einfach ignorieren. Unser Land platzt aus allen Nähten. Wir haben ein massives Bevölkerungswachstum, und mehr Menschen produzieren ganz einfach mehr CO₂, nicht nur beim Heizen, bei der Mobilität oder bei der Arbeit, sondern mit jedem einzelnen Atemzug. Sie weigern sich, das Bevölkerungs- und das Wirtschaftswachstum zu berücksichtigen, und das ist nicht in Ordnung. Sie wollen eine Zielgesetzgebung machen, ohne konkrete Massnahmen anzusprechen. Sie sind nicht bereit, Kostentransparenz zu schaffen. Sie sagen nicht, wer diese Träumerei dann eines Tages bezahlen soll. Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen sagen, wer es bezahlt: Es ist der Mittelstand, es ist der Konsument, es ist der einfache Bürger.

Drittens ist diese Vorlage unsinnig. Netto null bis 2050, das hat der Bundesrat einmal einfach so beschlossen. Das entspricht nicht dem Ziel von Paris, da geht es um eine Halbierung bis 2030. Netto null ist die Idee des Bundesrates. Das hat für uns keine Priorität. Es ist nicht eine Priorisierung, die Sinn macht, erst recht nicht in der aktuellen Lage. Viel wichtiger wäre es, dass wir wissen, woher wir den ganzen Strom holen, den wir für die Dekarbonisierung benötigen, vor allem im Winter, und natürlich, wer das bezahlt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich appelliere an Sie: Machen Sie doch keine Gesetze, um das Gewissen zu erleichtern, machen Sie keine Gesetze für gefrorenes Wasser, sondern machen Sie Gesetze für die Menschen in diesem Land, damit sie sich das Leben noch leisten können.

Coronavirus

Der Ständerat hat sich bei der Impfstoffbeschaffung für das Jahr 2023 durchgesetzt. Der Verpflichtungskredit wird auf Antrag der Einigungskonferenz gekürzt. Damit müssen die Verträge mit Moderna und Pfizer/Biontech für Millionen von Impfdosen neu verhandelt werden. Der Nationalrat hat den tieferen Verpflichtungskredit zwar mit 100 zu 86 Stimmen bei sechs Enthaltungen erneut abgelehnt. Da sich im Fall von Uneinigkeit gemäss den Budgetierungsregeln jedoch die kostengünstigere Lösung durchsetzt, obsiegt der Ständerat. Mit dem Entscheid wird der Verpflichtungskredit von 780 auf 560 Millionen Franken gekürzt. Wie viele Impfdosen der Bund für das nächste Jahr beschaffen kann, ist unklar.

Öffentlichkeitsgesetz

Amtliche Dokumente der Bundesverwaltung sollen künftig grundsätzlich kostenlos eingesehen werden dürfen. Noch sind sich die Räte aber nicht einig darüber, ob für besonders aufwendige Gesuche eine Gebührenobergrenze festgelegt werden soll oder nicht. Der Nationalrat will in solchen Fällen höchstens 2000 Franken verrechnen. Er hielt an einem früheren Entscheid fest - mit 130 zu 53 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Nun ist ein letztes Mal der Ständerat am Zug. Die kleine Kammer hatte sich in der Frühjahrssession gegen eine Obergrenze entschieden. Auch der Bundesrat will es so halten.



UKW

Das Parlament macht den Radiobetreibern keine Vorgaben bei der Abschaltung ihrer UKW-Sender. Der Nationalrat hat eine entsprechende Motion aus dem Ständerat mit 79 zu 73 Stimmen bei 24 Enthaltungen abgelehnt. Diese ist damit vom Tisch. Der Zürcher FDP-Ständerat Ruedi Noser forderte, dass die Verbreitung von Radioprogrammen über UKW erst dann enden solle, wenn die moderneren Alternativen einen Marktanteil von rund 90 Prozent haben.

Bundesanwaltschaft

Der Walliser Oberrichter Lionel Seeberger ist neues Mitglied der Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft (AB-BA). Die Vereinigte Bundesversammlung hat ihn am Mittwoch zum Nachfolger des Ende 2021 zurückgetretenen Hanspeter Uster gewählt. Der 1960 geborene Seeberger erhielt 121 von 227 gültigen Stimmen. Er, der mit der Unterstützung von SVP- und Mitte-Fraktion zur Wahl angetreten war, setzte sich gegen den von der Mehrheit der Gerichtskommission (GK) unterstützten Basler Rechtswissenschaftler Markus Schefer durch. Schefer erhielt 106 Stimmen und blieb damit unter dem absoluten Mehr von 114 Stimmen.

Finanzkontrolle

Pascal Stirnimann kann am 1. September neuer Direktor der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) werden. Die Vereinigte Bundesversammlung hat seine Ernennung bestätigt. Gewählt worden war Stirnimann Ende April vom Bundesrat. Der Betriebsökonom FH und diplomierte Wirtschaftsprüfer ist Nachfolger von Michel Huissoud, der Ende August 2022 in Pension geht. Stirnimann ist seit 2015 als Leiter Interne und Externe Revision beim Bundesamt für Verkehr (BAV) tätig. Seine Laufbahn begann er mit einer kaufmännischen Lehre und studierte anschliessend. Daran schloss sich eine Stelle als Wirtschaftsprüfer bei Ernst & Young an. Von 2008 bis 2015 arbeitete er als Leiter Aufsicht und Mitglied der Geschäftsleitung bei der Eidgenössischen Revisionsaufsichtsbehörde.

Gesundheitskosten

Bund und Kantone sollen die Krankenkassenprämien mit über zwei Milliarden Franken zusätzlich verbilligen. Dieser Meinung ist der Nationalrat. Er hat einen indirekten Gegenvorschlag zur Prämien-Entlastungs-Initiative beschlossen, mit dem auch die Ratslinke leben kann. Nach sechsstündiger Debatte - verteilt über zwei Tage - nahm die grosse Kammer am Donnerstag ein neues Modell zum Ausbau der individuellen Prämienverbilligung an. In der GesamtAbstimmung waren 119 Mitglieder dafür, 66 dagegen, zwei enthielten sich. Grundsätzlichen Widerstand gab es nur von der SVP, die nicht auf den Gegenvorschlag eintreten wollte und ihn auch nach der Detailberatung ablehnte. Die FDP war gespalten. Die Initiative wurde mit 121 zu 67 Stimmen zur Ablehnung empfohlen. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.

Finanzausgleich

Der Nationalrat will keine Änderungen beim Finanzausgleich. Er hat zwei parlamentarische Initiativen aus den Reihen der SVP abgelehnt. Diese sind vom Tisch. Die Partei wollte, dass die Städte für ihre Zentrumslasten etwa im Sozial-, Gesundheits- und Verkehrsbereich weniger Geld erhalten. Die heutigen Ausgaben der Städte seien nicht gänzlich strukturell bedingt, sondern teils Ergebnis politischer Entscheidungen, argumentierte sie. Die Ratsmehrheit teilte diese Einschätzung nicht. Die Zentrumslasten seien von der gesamten Gesellschaft zu tragen.



Ratsregeln

Nationalrätinnen und Nationalräte dürfen ihre Voten weiterhin ablesen. Die grosse Kammer hat eine parlamentarische Initiative von Balthasar Glättli (Grüne/ZH) abgelehnt, welche die freie Rede zur Pflicht machen wollte. Der Grünen-Präsident erhoffte sich von einer Neuregelung lebendigere und kürzere Debatten. Die Ratsmehrheit war jedoch der Ansicht, die Komplexität gewisser Geschäfte spreche dagegen. Zudem drohe eine Benachteiligung rhetorisch weniger gewandter Ratsmitglieder. Die Initiative ist vom Tisch.

Schlussabstimmungen

Zehn Vorlagen haben der Nationalrat und der Ständerat am Freitag mit den Schlussabstimmungen parlamentarisch unter Dach und Fach gebracht. Darunter ist eine Anpassung im Gesetz über den unlauteren Wettbewerb und damit strengere Regeln für Buchungsplattformen, die Hotelzimmer vermitteln. Preisparitätsklauseln sowie Angebots- und Konditionenparitätsklauseln werden neu verboten. Auch die revidierte Strafprozessordnung wurde verabschiedet. Mit dieser werden verschiedene Punkte im Strafprozessrecht angepasst. Die Teilnahmerechte von im gleichen Verfahren Beschuldigten an Einvernahmen werden entgegen den Plänen des Bundesrates aber nicht eingeschränkt.



Bern, im Juni 2022
David Zuberbühler